

Pressemitteilung

Frankfurt am Main/Oberursel, 14. Juni 2011

Landesgeschäftsstelle

Pressesprecherin

Kathleen Niepmann
Telefon: 069 7947-375
Telefax: 069 7947-99375
pressesprecherin@dwhn.de
www.diakonie-hessen-nassau.de

Hessen feiert das Fest der Integration – Flüchtlinge bleiben außen vor

Diakonie, Pro Asyl und Hessischer Flüchtlingsrat fordern die Landesregierung auf, die Ausgrenzung gegenüber Flüchtlingen zu beenden

In Oberursel steht die einzige hessische Containerunterkunft für Flüchtlinge – ausgerechnet im reichsten Kreis Deutschlands, der dazu noch Modellregion für Integration ist. „Die Containerunterkunft ist ein Symbol geworden für die Ausgrenzung von Flüchtlingen und muss aufgelöst werden“, so Dr. Wolfgang Gern, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau.

Der Hessentag sei ein sichtbares Zeichen der gelungenen Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen. „Das muss uns auch mit denen gelingen, die heute auf der Flucht sind“, so Gern weiter.

Der Flüchtlingsalltag sehe dagegen oft ganz anders aus. Über 80.000 Menschen müssen in Deutschland mit den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes auskommen. Das seien für eine alleinstehende Person 225 €uro und damit ca. 35 Prozent weniger als die Hartz-IV-Leistungen. Deshalb halten die drei Organisationen dieses Gesetz für verfassungswidrig. „65 Prozent Menschenwürde – das gibt es nicht, deshalb gehört dieses Gesetz abgeschafft“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.

„Weshalb der Bedarf an Windeln und Babynahrung eines Flüchtlingskleinkindes nur 65 Prozent dessen betragen soll, was ein deutsches Kleinkind benötigt, ist nicht nachvollziehbar. Dieses Beispiel zeigt doch die ganze Absurdität des Gesetzes“, so Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrates.

Die Wohnverhältnisse von Flüchtlingen sind ein weiterer Stein des Anstoßes für die drei Organisationen. „Die Unterbringung in Lagern schafft Ghettos am Rande von Städten. Ausgrenzung und Isolierung müssen beendet werden“, so Scherenberg und ergänzt, „weil es in Hessen den Landkreisen überlassen ist, wie sie Flüchtlinge unterbringen, muss die Landesregierung wenigstens Mindeststandards vorgeben und deren Einhaltung überwachen“.

Auch die sogenannte Residenzpflicht wird kritisiert. Mit ihr ist festgelegt, dass Flüchtlinge ohne amtliche Genehmigung den Regierungsbezirk und einige sogar die Grenzen des Landkreises nicht verlassen dürfen. Der Besuch von Verwandten im anderen Bundesland, die Teilnahme an kirchlichen oder sportlichen Veranstaltungen, beispielsweise auf

der anderen Rheinseite, sei von daher nicht möglich. Dies werde von den Betroffenen als Schikane empfunden und mache auch wenig Sinn, so die Vertreter der drei Organisationen.

Flüchtlinge brauchen so viel normales Leben wie möglich. Flucht und Heimatlosigkeit haben schon tiefe Wunden hinterlassen. Deshalb sollten sie von Anfang an in Integrationsüberlegungen einbezogen werden, anstatt ausgegrenzt zu werden. Davon sind die drei Organisationen zutiefst überzeugt.

